

FUCHS BRIEFE

Der Unternehmerbrief aus der Hauptstadt

65. Jahrgang | 16

Berlin, 21. Februar 2011

Sozialpolitik

Lohnindexierung vom Kanzleramt

Was ist nur mit der Bundesregierung los? Während sie auf EU-Ebene gegen die Indexierung von Löhnen vorgeht, führt sie diese bei den Hartz-IV-Regelsätzen ein. Auf dem EU-Gipfel Mitte Februar hatte sich Kanzlerin *Angela Merkel* mit Belgien und Italien angelegt, als sie mit ihrem Plan für eine europäische Wirtschaftsregierung die Lohnindexierung auf den Index setzen wollte. Die Anpassung der Löhne an die Inflationsentwicklung ist in einigen EU-Staaten eine „heilige Kuh“. Sie hat dazu beigetragen, dass die Einkommen in den meisten Regionen der Eurozone weit schneller gestiegen sind als in Deutschland. Doch nun gibt sich die Kanzlerin innenpolitisch eine peinliche Blöße.

Ab diesem Jahr wird die Höhe von Hartz IV nach einer neuen Formel berechnet: 70% hängen danach von der Inflationsrate, 30% von der allgemeinen Einkommenssteigerung ab. Die bisherige Bindung an die Renten, die nur entsprechend den Nettolöhnen angehoben werden, fällt weg. Hartz IV steigt damit in diesem Jahr von 359 € auf etwa 370 € im Monat: Um 5 € rückwirkend zum Jahresbeginn und um zusätzlich 6 € zur Jahresmitte gemäß der neuen Indexierungsformel. Zusätzliche Kosten: Etwa 1,5 Mrd. € im Jahr.

Die Inflationsindexierung von Hartz IV wird Folgen für das gesamte Lohngefüge haben. Denn gleichzeitig bestehen Regierung und die oppositionelle SPD auf dem Lohnabstandsgebot. Wenn der Hartz-IV-Satz steigt, müssen die um sich greifenden Mindestlöhne entsprechend nach oben angepasst werden. Mit dem Hartz-IV-Kompromiss vom Wochenende wurden zusätzlich die Leiharbeiter, das Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie der Weiterbildungssektor auf die Liste der Gewerbe mit Mindestlohnregelung gesetzt. Auch bei der Grundsicherung für Altersrentner dürfte nun kein Weg an einer Dynamisierung vorbeiführen.

Damit ebnet die neue Hartz-IV-Formel den Weg für den Einstieg in eine umfassende Lohnindexierung. Denn sie wird auch auf die höheren Einkommen einen Anpassungsdruck nach oben ausüben. Der kommt zu dem absehbaren Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften in Deutschland hinzu. Die Kombination der beiden Faktoren könnte in den höheren Tarifgruppen zu überproportionalen Gehaltsanstiegen führen.

Für die Lohn- und Geldpolitik bedeutet die neue Hartz-IV-Formel eine schwere Hypothek. Der Staat

setzt eine Lohn-Preis-Spirale in Gang, deren schädliche Folgen hochverschuldete Staaten wie Italien, Belgien und Portugal schon seit längerem spüren. Zudem treibt die Inflation auch die Zinssätze der Staatsanleihen und damit die Schuldenlast der öffentlichen Hände in die Höhe. Auf europäischer Ebene dürfte die Abschaffung der Lohnindexierung mit der neuen Hartz-IV-Formel vom Tisch sein. Deutschland hat mit diesem sozialpolitischen Kompromiss weiter an stabilitätspolitischer Glaubwürdigkeit verloren.

- ▶ **Fazit:** Die Zeiten lohnpolitischer Zurückhaltung sind vorbei. Die Gehälter werden in Kürze auf breiter Front kräftig ansteigen. Der Bund bringt sich damit um die Früchte seiner bisherigen Sparpolitik.

Hauptstadt-Notizen

DÜSSELDORF: SCHULDENLAND NUMMER EINS

Nordrhein-Westfalen ist der größte Schuldenmacher der Nation nach dem Bund. Die rot-grüne Minderheitsregierung steigerte den Schuldenstand Ende 2010 gegenüber 2009 um satte 49,9 Mrd. € auf 173 Mrd. €. Allein 42,6 Mrd. € entfielen auf die WestLB. Die Schulden der Abwicklungsanstalt werden nach Angaben des Statistischen Bundesamts dem Land zugerechnet. Abgesehen von diesem Einmaleffekt ist bei einer geplanten Netto-neuverschuldung von 7,1 Mrd. € in diesem Jahr keine Entwarnung zu erkennen. NRW müsste jährlich knapp 4 Mrd. € einsparen, um die Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten. Es ist nicht sichtbar, wie Finanzminister *Norbert Walter-Borjans* (SPD) dies schaffen will.

LONDON: BANKEN VOR REPRIVATISIERUNG

Die britische Regierung will die in der Finanzmarktkrise verstaatlichten Banken noch in diesem Jahr reprivatilisieren bzw. damit beginnen. Dabei handelt es sich um die Royal Bank of Scotland (RBS), die Lloyds Banking Group und die Bausparkasse Northern Rock (siehe FB vom 27.1.). Diese Einschätzung hören wir in London von Vertretern der in der City ansässigen Investmentbanken. Die Regierung hat wegen des hohen Staatsdefizits großes Interesse an einer Entstaatlichung, da sie auf

Inhalt

◆ Parteien: Kanzlerdämmerung	2
◆ Eurokrise: Sparkassen drängen an die Börse	3
◆ Innovation: Brennstoffe fürs Eigenheim	4
◆ Schweiz: Gewinnsteuerentlastung von 80%	5

die Verkaufserlöse angewiesen ist. Würde sie 5% der 83% in Staatshänden befindlichen RBS-Aktien verkaufen, könnte sie etwa 1,4 Mrd. Pfund Erlösen. Dabei würde sie keinen Verlust machen. In London wird erwartet, dass die Regierung im Sommer oder Frühherbst den Markt testet und in kleinem Umfang RBS-Aktien über die Börse verkauft.

REYKJAVIK: HÜRDE FÜR EU-BEITRITT GENOMMEN

Island hat eine der wichtigsten Hürden für den angestrebten Beitritt zur EU beiseite geräumt: Das Parlament billigte das neue Umschuldungsabkommen mit Großbritannien und den Niederlanden. Wegen der Pleite der mittlerweile verstaatlichten Icesve-Bank zahlten die beiden Regierungen an 340.000 heimische Anleger knapp 4 Mrd. €. Die erstattet Island jetzt zurück – Zahlungszeitraum ist 2016 bis 2046. Die Holländer bekommen für ihre 1,3 Mrd. € einen Zinssatz von 3%, die Briten für ihre 2,6 Mrd. € 3,3%. Ursprünglich waren 5% und eine Rückzahlung bis 2024 vereinbart. Das hatten die Isländer aber in einer Volksabstimmung verworfen. Nach wie vor ungelöst ist das Problem der hohen Fremdwährungskredite der Verbraucher, da die Krone abgewertet hat.

Unternehmen

Gute-Laune-Nachrichten

Zu Ihrer Motivation und der Ihrer Mitarbeiter für Sie zusammengestellt:

- ◆ Die **Steuereinnahmen** von Bund und Ländern lagen im Januar 2011 nach Angaben des Bundesfinanzministeriums mit 38 Mrd. € um 5,5% höher als vor einem Jahr. Dies ist ein weiterer Beleg für die positive Wirtschaftsentwicklung.
- ◆ Barclays Capital sieht für die deutsche Wirtschaft einen furiosen Start im 1. Quartal, bei dem vor allem die Bauwirtschaft aus dem Winterschlaf erwachen wird. Das **deutsche Bruttoinlandsprodukt** wird deshalb 2011 um 2,8% gegenüber 2010 zulegen.
- ◆ Der **Ifo-Geschäftsklima-Index** ist zum neunten Mal in Folge gestiegen. Der Optimismus der Unternehmen für die nächsten sechs Monate hat ebenfalls weiter zugenommen.
- ◆ Auch die gute Stimmung **in der Euro-Zone** steigt weiter. Bei Industrie und Dienstleistern kletterte der Markt-Index im Januar weiter. Erwartet wurde allenfalls ein stagnierender Indexwert. Die gute Stimmung hat inzwischen ebenfalls die unter der Schuldenkrise ächzenden Peripheriestaaten erreicht.
- ◆ Die Bundesregierung hat 2010 Ausfuhren im Wert von 32,5 Mrd. € mit **Exportkreditgarantien** (Hermesdeckungen) abgesichert. Das ist das größte Sicherungsvolumen in der 60-jährigen Hermes-Geschichte. Im Vergleich zum Jahr 2009 (22,4 Mrd. €) stieg das Volumen der von Hermes gedeckten Exporte um 45%. Die Absicherung von Auslandsforderungen leistet einen wichtigen Beitrag zum deutschen Exporterfolg.

- ◆ Der **Pharmahersteller Merck** will nach einem Gewinnanstieg um 70% im Jahr 2010 das Ergebnis 2011 um weitere 35% bis 40% steigern. Auch für 2012 erwartet der Konzern ein Plus des Unternehmensgewinns.
- ▶ **Fazit:** Die Konjunktur bleibt robust. Größere Sorgen machen derzeit nur die steigenden Rohstoff- und Energiepreise.

Parteien

Kanzlerdämmerung

Nach der verheerenden Niederlage in Hamburg könnte die Wahl in Baden-Württemberg das Schicksal Angela Merkels besiegeln. Verliert die CDU auch das christdemokratische Stammland, wird der bislang unterdrückte Ärger über die Truppe der Kanzlerin an der CDU-Basis und in der Bundestagsfraktion nach oben drängen. In der Union dürfte dann die Kanzlerdämmerung anbrechen.

Nach der verlorenen Senats-Wahl in Hamburg ist Kanzlerin Angela Merkel schwer angeschlagen. Auch wenn sich ihre Parteifreunde mit öffentlicher Kritik zurückhalten – intern wächst der Unmut über den schlechten Zustand der Union. Denn Merkels Serie an Misserfolgen wird immer länger. Sie verbindet sich mit dem wenig erfreulichen Erscheinungsbild der schwarzgelben Koalition. Diese fatale Kombination wird zu einer schweren Hypothek für das laufende Mammut-Wahljahr.

Solange Merkel politisch vom Glück verfolgt war, fiel die personelle Ausblutung der Union nicht so stark ins Gewicht. Doch nun zeigt sich, dass Merkel nur deshalb alternativlos wirkt, weil Alternativen fehlen. Prominente Weggefährten wie *Friedrich Merz*, *Roland Koch*, *Christian Wulff*, *Ole von Beust* und *Peter Müller* haben ihr den Rücken gekehrt. Die Niederlagen auf europäischer Ebene im Kampf um die Stabilität der von *Helmut Kohl* durchgesetzten Einheitswährung Euro finden ihren Kulminationspunkt im Abgang *Axel Webers* als Bundesbank-Chef und künftigen EZB-Präsidenten.

Da trifft es sich schlecht, dass Karl-Theodor zu Guttenberg, der Sonnyboy der Union, wegen seiner Plagiatsaffäre schwer beschädigt ist. Merkel kann nur hoffen, dass der Verteidigungsminister und bisherige Prätendent auf ihre Nachfolge noch einige Zeit in den Schlagzeilen bleibt. Dann hätte sie einen weiteren Konkurrenten aus dem Weg geräumt. Es ist schon erstaunlich, wie eine Kanzlerin ohne größere Erfolge und ohne Hausmacht – Merkel hat auf Landesebene nie regiert – sich allein durch Wegbeißen parteiinterner Kritiker so lange an der Spitze halten kann.

Dem Land aber tut die Schwäche der Kanzlerin und ihrer Koalition nicht gut. Das zeigt der Hartz-Kompromiss im Gefolge der Hamburg-Wahl. Die Union drückt die FDP nun auf wichtigen politischen

Streitfeldern völlig an die Seite und geht mit dem SPD-dominierten Bundesrat faule und teure Kompromisse ein. Die Schwüre der Bundesregierung, den Haushalt zu sanieren und die Schuldenbremse einzuhalten, zählen da nicht mehr.

- **Fazit:** Zum Wahldebakel der CDU in Hamburg haben zwar viele lokale Faktoren beigetragen. Dennoch hat sie das Ende der schwarz-gelben Bundesregierung eingeläutet.

Parteien

Die sozialdemokratische Alternative

Olaf Scholz' Wahlsieg in Hamburg ist ein gutes Omen für die nächste Bundestagswahl – denn mit ihm triumphieren die Anhänger eines gemäßigten Kurses in der SPD. Scholz hat sich mit einer wirtschaftsfreundlichen Haltung in der politischen Mitte verortet – und folgt damit dem Reformkurs seines Ziehvaters *Gerhard Schröder*.

Wie Ex-Kanzler Schröder hat Scholz in sein Wahlkampfteam Leute aus der Wirtschaft eingebunden. Dazu gehören der Hamburgische Handelskammerpräsident *Frank Horch* und der Reeder *Erk Rickmers*. Auch die Wahlkampfthemen der hanseatischen Sozialdemokraten zielten auf ein Bündnis mit dem konservativen Hamburger Bürgertum. Darin folgte Scholz ebenfalls Schröder. Der hatte sich 1998 mit dem Programm einer „Neuen Mitte“ innerparteilich gegen *Oskar Lafontaine* und in der Bundestagswahl gegen Kanzler *Helmut Kohl* durchgesetzt.

Damit steht die SPD wieder einmal vor der Alternative einer wirtschaftsfreundlichen Position und einer linksradikalen Linie. Die verfolgt derzeit Parteichef *Sigmar Gabriel*, der die SPD bei jeder Gelegenheit eine „linke Volkspartei“ nennt. Mit seinem Linkskurs hat sich Gabriel von seinem früheren Förderer Schröder abgesetzt und folgt nun den Fußstapfen Lafontaines.

Scholz hat sich mit seinem fulminanten Wahlsieg als Kanzlerkandidat für die nächste Bundestagswahl und Gabriels Rivale um den Parteivorsitz in Stellung gebracht. In den nächsten Landtagswahlen wird sich zeigen, mit welchem Kurs die Sozialdemokraten punkten wollen. Gabriel ist pragmatisch genug, verbal wieder umzusteuern. Es fragt sich allerdings, ob er eine 180°-Wende noch glaubwürdig verkörpern könnte, nachdem er maßgeblich die Entsorgung von Schröders Agenda 2010 betrieben hat.

In Ex-Parteichef Kurt Beck, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Ex-Finanzminister Peer Steinbrück, alle Opfer der Linken, hat Scholz starke Verbündete. Der Linken in der SPD dagegen fehlen derzeit die Themen und die Leute, mit denen die SPD öffentlich breites Gehör finden könnte. Gabriels Kurs, ihre Forderungen zu übernehmen, um sie an die

Wand zu spielen, hat ihm zwar in der Partei Zustimmung beschert aber keinen Erfolg bei den Wählern. Inzwischen wächst auch in der SPD der Unmut über Gabriels Lafontainisieren.

- **Fazit:** Scholz' wirtschaftsfreundlicher Kurs könnte den Niedergang der SPD beenden. Doch bis die Sozialdemokraten auch bundespolitisch an die Ergebnisse der Christdemokraten heranreichen können, muss sich die Partei auch auf nationaler Ebene neu ausrichten. Bislang ist eine Politik für Empfänger von Sozialleistungen nicht mehrheitsfähig.

Eurokrise | Spanien

Sparkassen drängen an die Börse

Spaniens Regierung gibt bei der Neuordnung der spanischen Sparkassen ein atemberaubendes Tempo vor. Vor Jahresfrist waren es noch 45 Cajas oder Sparkassen. Inzwischen sind es noch 17. Und der Konzentrationsprozess geht zügig weiter. Zugleich drängen immer mehr spanische Sparkassen an die Börse.

Kein Wunder: Die Regierung droht, ab Jahresende nicht sanierte Sparkassen zu verstaatlichen. Das treibt ihre Eigner zu ungewohnter Eile. Ministerpräsident *José Luis Rodríguez Zapatero* fürchtet, dass ein Weiterschwelen

Sparkassen	Bilanzsumme in Mrd. €
Banco Financiero y de Ahorros	335
Caixa Bank	271
La Caixa	126
Catalunya Caixa	77
Novacaixagalicia	76
Banco Mare Nostrum	71
Banca Civica	71
Quelle: Eigene Recherche	

der Sparkassenkrise Spaniens Bonität an den Finanzmärkten endgültig ruinieren könnte. Bislang hat die Regierung fast 100 Mrd. € für Finanzspritzen und Garantien bereitgestellt. Doch die Summe reicht möglicherweise nicht, da der Abschreibungsbedarf der Banken als Folge der geplatzten Immobilienblase weit höher ist als bislang erwartet.

17 Cajas gibt es derzeit noch. Bis Anfang nächsten Jahres sollen nur noch sechs bis neun Institute übrig bleiben. Dabei wollen die Sparkassen das reine Bankgeschäft in eine eigenständige Gesellschaft einbringen. Diese soll entweder an die Börse gebracht oder an private Investoren beziehungsweise ausländische Kapitalfonds verkauft werden. Vor allem im Kreis deutscher, amerikanischer und nahöstlicher Anleger versuchen die Eigentümer, Käufer zu finden.

- **Fazit:** Nach langem Zögern beginnen die Spanier jetzt ernsthaft mit der Sanierung ihrer maroden Sparkassen. Dabei wird es die eine oder andere böse Überraschung geben. Insgesamt ist dies aber eine gute Entwicklung für die krisengeschüttelte Eurozone.

Steuern | Subventionen

Wir haben's ja

Thema und Zweck verfehlt – aber alles bleibt beim Alten. Nach diesem Motto verfährt gegenwärtig das Bundesfinanzministerium bei der Steuervergünstigung für haushaltsnahe Dienstleistungen.

Ziel der Steuervergünstigung sind die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Förderung des Handwerks. Genau dies wird mit der Subvention nicht erreicht, wie der Bundesrechnungshof jetzt ermittelt hat.

Denn der überwiegende Teil der steuerbegünstigten Aufträge geht an Schornsteinfeger oder an Hausmeister und Reinigungskräfte. Für die erste Gruppe gilt die gesetzliche Verpflichtung, nach der Hausbesitzer ihre Dienste in Anspruch nehmen müssen. Deshalb schafft dies keine zusätzliche Nachfrage. Hausmeister- und Reinigungskosten dagegen werden auf die Mieten umgelegt – Schwarzarbeit macht da keinen Sinn.

Bei klassischer Schwarzarbeit bietet die Steuervergünstigung zu wenig Anreiz. Da diese nur ein Fünftel des Auftragsvolumens erfasst, ist der normale Handwerker weiterhin viel zu teuer. Denn der Fiskus erhebt auf die gesamte Rechnung 19% Mehrwertsteuer. Allein das ist weit mehr als die Steuerersparnis.

Obwohl 2010 für die Steuervergünstigung 4 Mrd. € ohne echte Nutzen verpulvert worden sind, sträubt sich die Bundesregierung gegen eine Änderung. Finanzminister *Wolfgang Schäuble* will noch zwei bis drei Jahre abwarten, wie sich das Ganze entwickelt. Dabei kam auch ein wissenschaftliches Gutachten im Auftrag seines Ministeriums zum Schluss, dass sofortiger Handlungsbedarf besteht.

- ▶ **Fazit:** Sinnlose Subventionen führt die Bundesregierung weiter, obwohl sie im Koalitionsvertrag versprochen hatte, sie abzuschaffen. Wir haben's ja.

Innovation

Brennstoffzelle fürs Eigenheim

Neben dem Einsatz in Fahrzeugen treibt Japan die Entwicklung von Brennstoffzellen auch für die Energieversorgung voran. Waren die ersten Minikraftwerke für den Hausgebrauch noch raumgreifend und teuer, so bringen die Hersteller inzwischen effizientere, kleinere und billigere Geräte auf den Markt.

Die Regierung hat die Brennstoffzellen-Technik als ein strategisches Wachstumsfeld eingestuft und

die in dem Bereich führenden Unternehmen zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die Brennstoffzelle soll zu einer „kohlenstoffarmen Gesellschaft“ beitragen. Seit 2009 fertigen japanische Firmen Brennstoffzellen fürs Eigenheim in Serie. Der Elektronikkonzern Panasonic brachte zusammen mit Tokyo Gas, Toshiba und Eneos die ersten Brennstoffzellen zur Energieversorgung von Eigenheimen unter der Marke „Ene-Farm“ auf den Markt. Dabei wird Erdgas zur Erzeugung von Strom, Wärme und Warmwasser verwendet. Abwärme und Warmwasser werden in einem Isoliertank gespeichert, der Strom mit Hilfe eines Lithium-Ionen-Akkus.

Da Brennstoffzellen in kleinere Häuser oft nicht eingebaut werden können, arbeiten die Anbieter daran, das System zu verkleinern und den Preis zu senken. Die inzwischen verbesserte „Ene-Farm“ wandelt Energie mit einer Rate von 40% um, was relativ viel ist. Gleichzeitig erzeugt die neue Zelle zwischen 250 und 750 Watt und ist nur noch halb so groß wie das Vorgängermodell. Nach Angaben von Panasonic sinken der Primärenergieverbrauch um 35% und der CO₂-Ausstoß um 48%. Die Haushalte können damit 450 bis 550 € im Jahr einsparen. Der Preis für Ene-Farm liegt bei 2,76 Millionen Yen (24.400 €). Die Hälfte finanziert in Japan der Staat.

- ▶ **Fazit:** Neue Techniken zur heimischen Energieerzeugung entwickeln sich mit Riesenschritten. Die Brennstoffzelle, bei der die Japaner führend sind, ist eine viel versprechende Alternative zur Wärmepumpe und anderen Systemen der umweltfreundlichen und sparsamen Energieerzeugung.

In aller Kürze

PERSONAL: GIRL'S DAY AM 14. APRIL

Am 14. April 2011 öffnen in ganz Deutschland wieder Betriebe, Hochschulen und Forschungszentren ihre Türen für Schülerinnen ab der Klasse 5. Die Mädchen können am Girls' Day männlich dominierte Ausbildungsberufe und Studiengänge in Technik, IT, Handwerk und Naturwissenschaften kennenlernen. Sprechen Sie bei Interesse Schulen in Ihrer Umgebung an.

VERKEHR: KEINE ÜBERLANGEN LKWS?

Die Einführung überlanger Lastkraftwagen als Entlastung für das Straßennetz steht unter keinem guten Stern. Am Feldversuch beteiligen sich nur 9 der 16 Bundesländer. Deshalb steigt jetzt mit der Bahntochter Schenker einer der Größten der Branche aus dem Vorhaben aus. Grund: Wichtige Wirtschaftszentren seien nicht mehr Teil des Versuchs. Wie lange sich dadurch eine Zulassung von Gigalibern verzögern könnte, ist unklar. Es dürften aber noch mehrere Jahre vergehen, bis es zu einer Zulassung kommt – wenn überhaupt.

DIE PRIVATE VERMÖGENSANLAGE DES UNTERNEHMERS

Kunstmarkt

Kaufen ist leichter als Verkaufen

Für Unternehmer Müller ist der Besitz wertvoller Kunstobjekte Sammelleidenschaft und Kapitalanlage zugleich. In Kunst zu investieren, bedeutet jedoch nicht nur, Kunstwerke zu kaufen, sondern auch, sie zu verkaufen. Doch vielen Sammlern fehlt eine überzeugende Strategie für die Veräußerung von Objekten.

Potenzielle Kunstkäufer führen häufig folgende Gründe gegen den Erwerb eines Objekts an: „Es gefällt nicht“, „ist zu teuer“, „hat das falsche Format“, „ist in einem schlechten Zustand“. Eine erfolgsträchtige Verkaufsstrategie greift diese Argumente auf und berücksichtigt sie. Ihre Basis sollte wie beim Kunstkauf eine ausführliche Preis- und Objektanalyse sein. Dabei wird die Wertentwicklung des Künstlers und des dazugehörigen Sektors mittels statistischer Daten geprüft. Persönliche Marktbefragungen runden das Bild ab. Im Kunstmarkt können Rekordpreise und große Verluste nahe beieinander liegen. Die Gründe für letztere liegen häufig in der Wahl des falschen Marktplatzes.

Nationale oder internationale Auktion?

Der Verkauf über eine nationale oder internationale Auktion hat den Charme eines vermeintlich großen Bieterkreises – doch Vorsicht. Bei Versteigerungen wird auf Grund der Vielzahl der angebotenen Objekte meist nicht der optimale Preis erzielt. Die besonderen Stärken des Kunstwerks können nur bedingt herausgestellt werden. Deshalb kann der Verkauf an eine Privatperson oder eine Institution die bessere Lösung sein. Übrigens kann eine fehlgeschlagene Auktion den Preis eines wertvollen Objekts nachhaltig schädigen.

Im Kunstmarkt gibt es lokale, thematische oder auf Kunstepochen spezialisierte Verkaufsplätze. Unternehmer Müller möchte sich gern von einem Ölgemälde von Max Pechstein trennen. Er kennt jedoch die Stärken und Schwächen der einzelnen Auktionshäuser nicht. Dabei macht es Sinn, sein Objekt dort zum Verkauf zu geben, wo sich Anhänger von Pechsteins Stilistik treffen. Das mindert das Risiko, dass mangelndes Gefallen einen zu geringen Preis zur Folge hat oder einen Verkauf sogar unmöglich macht.

Müllers Wahl fällt auf ein namhaftes englisches Auktionshaus, das er seit langem kennt. Leider ist dieses nicht die erste Adresse für Pechstein-Werke. Aus

dieser Wahl ergeben sich eine Reihe komplexer Probleme. Gelten für das Werk Ausfuhrbeschränkungen aus Gründen des nationalen Kunstschatzes? Welche umsatzsteuerlichen Regeln sind maßgeblich? Wie erfolgt der Transport des Gemäldes zum Auktionshaus? Wo gibt es Haftungs- und Gefahrenübergänge, die ein besonderes versicherungsrechtliches Risiko bedeuten? Ein erfahrener internationaler Kunstspediteur wird bei der Lösung dieser Fragen helfen. Sein Know-how hat allerdings seinen Preis.

Professionelle Begleitung beim Verkauf

Die Preisanalyse für das Werk von Max Pechstein hat ein recht weites Bewertungsspektrum ergeben. Es ist nun an Herrn Müller, seine Preiserwartungen festzulegen. Dabei bedarf er der Beratung eines erfahrenen Consultants. Die fundierte kunstwissenschaftliche Begleitung des Verkaufs und eine angemessene Präsentation des Objekts sind notwendig, um einen hohen Verkaufserlös zu erzielen. Entscheidend ist dabei der Zustand des angebotenen Kunstwerks.

Der zum Verkauf angebotene Pechstein weist einige kleinere Schäden auf. Unternehmer Müller ist sich nicht sicher, ob er in eine fachgerechte Restaurierung noch einige hundert Euro investieren soll. Sein Berater erklärt ihm den Wert der Arbeit eines guten Restaurators an Hand eines Beispiels. Das Bild „Garten Eden mit der Erschaffung Adams und Evas“ wurde am 19.11.2010 beim Kölner Auktionshaus Van Ham für 156.200 € veräußert. Der Auktionator ließ das Gemälde zuvor vorzüglich restaurieren. Unrestauriert hatte es im Mai 2008 bei Christies keinen Käufer gefunden, obwohl es nur mit 70.000 € angesetzt war. Ein gutes Beispiel für eine sorgfältige Vorbereitung einer Verkaufstransaktion.

Müller weiß nun, dass ein Verkauf seines Pechsteingemäldes mit Zeit und auch mit Kosten verbunden ist. Neben der notwendigen Restaurierung fallen noch die Veräußerungskosten an. Das Auktionshaus wird vom Einlieferer eine Provision verlangen. Oftmals sind im Kleingedruckten der Auktionsverträge noch weitere Kosten versteckt – etwa Katalog- und Abbildungskosten, Versicherungs- und Rücktransportkosten.

- **Fazit:** Um die Kosten und den Erfolg eines Kunstverkaufs zu optimieren, ist es sinnvoll, sich der Unterstützung eines erfahrenen Beraters zu versichern.

Schweiz

Gewinnsteuerentlastung von 80%

Der Schweizer Kanton Nidwalden (NW) setzt einen neuen Meilenstein im europäischen Steuerwettbewerb: Der Kanton reduziert die Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften von 9% auf 6%. Dies ist eine Folge des Steuergesetzes, das am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist. Mit der Reform sichert sich Nidwalden die Spitzenposition der steuergünstigsten Schweizer Kantone bei der Unternehmensbesteuerung.

Mit der Steuerreform will der Kanton Nidwalden gezielt Forschungs- und Entwicklungsprojekte fördern. Dies soll eine so genannte Lizenzbox leisten – eine in der Schweiz erstmals eingeführte Steuerentlastung für Lizenzerträge. Vergleichbare Regelungen gibt es schon in Belgien, den Niederlanden, in Luxemburg, Spanien und in Irland. Auch dort begünstigen die Regierungen steuerlich die Verwertung von Forschungsergebnissen und innovativen Entwicklungen. Steuererleichterungen für Lizenzerträge sind in der EU erlaubt, soweit sie die EU-Kommission unter dem Aspekt staatlicher Beihilfen überprüft und genehmigt hat.

Die Nidwaldner Lizenzbox

Auf Grund der neu festgesetzten ordentlichen Gewinnsteuer von 6% beläuft sich die totale Steuerbelastung für die Kantons- und Gemeindesteuern nur noch auf 1,2%. Rechnet man die direkte Bundessteuer hinzu, ergibt sich eine schweizerische ordentliche Steuerbelastung von etwa 8,8% auf den Nettolizenertrag. Gemäß Art. 85 Abs. 3 des Steuergesetzes NW beträgt die Gewinnsteuer für Nettolizenerträge aus der Nutzung immaterieller Güter 20% des ordentlichen Gewinnsteuersatzes. Diese Regelung ist nicht nur auf zukünftige, sondern auch auf schon bestehende Immaterialgüterrechte anwendbar.

Lizenzerträge sind Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken gezahlt werden. Dazu gehören Patente, Marken, Muster und Modelle, Pläne, geheime Formeln und Verfahren sowie gewerbliche, kaufmännische oder wissenschaftliche Erfahrungen. Unter Lizenzerträgen sind aber auch die Verwertungsrechte von Büchern und kinematografischen Filmen zu verstehen. Schließlich gehören zum Lizenzertrag auch Veräußerungsgewinne.

Die Gewinnsteuerentlastung für Nettolizenerträge gewährt der Kanton Nidwalden allerdings nur auf Antrag. Dabei darf auf Seiten des Lizenznehmers keine Eigennutzung vorliegen. Der Nettoertrag ergibt

sich aus dem Erlös der Lizenz abzüglich der anteiligen Finanzierungskosten, des proportional nach Erträgen verteilten Verwaltungsaufwandes sowie der anteiligen Steuern. Die Steuervergünstigung steht allerdings nicht allen Gesellschaftsformen offen.

Ein Beispiel: Eine Verwaltungsgesellschaft nach Art. 89 StG NW könnte versucht sein, für Auslands-lizenzeinkünfte die Lizenzbox in Anspruch zu nehmen. Würde der Fiskus dies genehmigen, betrüge die Steuerbelastung nur 0,3% auf diese Einkünfte. Um einen Konflikt mit Missbrauchsbestimmungen im Ausland für passive Einkünfte und insbesondere für Verwaltungsgesellschaften zu vermeiden, schließt die Nidwaldner Steuerverordnung jedoch in §57a Abs. 1 die Lizenzbox für Holding- und Verwaltungsgesellschaften aus.

Um den Steuerstreit mit der EU nicht weiter zu schüren, hält sich das Nidwaldner Steuergesetz bei der Bestimmung der privilegierten Einkünfte an den Umfang des Art. 12 OECD-Musterabkommens. Die steuerrechtliche Konstruktion des Kantons ist allerdings im Vergleich zu den Bestimmungen in manchen EU-Staaten flexibler und großzügiger und kann als Alternative für das kantonale Verwaltungsprivileg dienen. Insgesamt wird die Vorsicht des Kantons aber kaum zur Klärung des Streits mit Brüssel über die Holding- und Finanzaktivitäten in der Schweiz beitragen.

Initiator für Bund und Kantone?

In der Schweiz hält Nidwalden mit der Einführung der Lizenzbox nun ein absolutes Alleinstellungsmerkmal. Die Vorzugsbehandlung von Lizenzeinkünften wird ohne Zweifel den Standort Schweiz steuerlich attraktiver machen und eine positive Entwicklung auf die Verwertung immaterieller Wirtschaftsgüter ausüben. Vorteilhafte steuerliche Rahmenbedingungen leisten einen wichtigen Beitrag, damit Unternehmen ihre durch Forschung geschaffenen Vermögenswerte erhalten können.

Schon lange fordert die Wirtschaft eine steuerliche Begünstigung von Forschung und Innovation. Denn von Forschungseinrichtungen und dem Handel mit Lizenzen, profitiert die gesamte Wirtschaft. Dennoch sieht die Eidgenössische Steuerverwaltung vorerst keinen Handlungsbedarf für eine Lizenzboxlösung auf Bundesebene. Das könnte sich allerdings schon bald ändern.

- **Fazit:** In der Schweiz, aber auch außerhalb dürfte die Pioniertat Nidwaldens aufhorchen lassen. Wir gehen davon aus, dass weitere Kantone nachziehen.